

D. Sonderlager für ungarische Juden im tschechoslowakisch-ungarischen Grenzgebiet Österreichs

Im genannten Gebiet waren ab Sommer 1944 ungarische Juden im Zwangsarbeitseinsatz. Es handelt sich um zwei Gruppen, deren erste ab Juni/Juli 1944 und die zweite ab November 1944 aus Ungarn dorthin verbracht wurden.

Veranlasst wurde die Deportation aus Ungarn gerade in dieses Gebiet offensichtlich auch durch das dem ITS unbekanntes Schreiben des Bürgermeisters von Wien, SS-Brigadeführer Blaschke, vom 7.6.1944, gerichtet an den Chef der Sipo und des SD, Berlin, das dieser u. a. wie folgt am 30.6.1944 beantwortet:

"Betrifft: Zuteilung von Arbeitskräften für kriegswichtige Arbeiten der Stadt Wien.

Bezug: Dein Schreiben vom 7.6.1944

Lieber Blaschke!

Aus den von Dir - in gleicher Angelegenheit hat mir übrigens SS-Brigadeführer Dr. Dellbrügge geschrieben - angeführten besonderen Gründen habe ich inzwischen angeordnet, einige Evakuierungstransporte nach Wien/Strasshof zu leiten.

Es handelt sich zunächst um 4 Transporte mit etwa 12.000 Juden, die bereits in den nächsten Tagen in Wien eintreffen.

Nach den bisherigen Erfahrungen werden bei diesen Transporten schätzungsweise etwa 30% (im vorliegenden Fall etwa 3.600) an arbeitsfähigen Juden anfallen, die unter Vorbehalt ihres jederzeitigen Abzuges zu den in Rede stehenden Arbeiten herangezogen werden können. Dass nur ein gut bewachter, geschlossener Arbeitseinsatz und eine gesicherte lagermässige Unterbringung in Betracht kommen kann, liegt auf der Hand und ist unbedingte Voraussetzung für die Bereitstellung dieser Juden.

Die nichtarbeitsfähigen Frauen und Kinder dieser Juden, die sämtlich für eine Sonderaktion bereitgehalten und deshalb eines Tages wieder abgezogen werden, müssen auch tagsüber in dem bewachten Lager verbleiben.

Weitere Einzelheiten bitte ich, mit der Staatspolizeileitstelle Wien - SS-Obersturmbannführer Dr. Ebner und SS-Obersturmbannführer Krumey vom Sondereinsatzkommando Ungarn, der sich z. Zt.

in Wien aufhält, - zu besprechen.

Ich hoffe, dass Dir diese Transporte bei Deinen vordringlichen Arbeitsvorhaben eine Hilfe sein werden."

Das zitierte Schreiben lässt keinen Zweifel über das Schicksal, das die zur Zwangsarbeit vorgesehenen ungarischen Juden und die sie begleitenden Familien erwartete.

Bei den in Frage kommenden Transporten handelt es sich um einen Teil der sechs aus Szeged, Debrecen, Kecskemet Győr und Komárom gegen Ende Juni 1944 zum "Vorzugslager Strasshof bei Wien" verbrachten Transporte, die während der Zeit der Massentransporte von Ungarn nach dem KL Au nach Österreich verbracht wurden und von denen SS-Obersturmbannführer Eichmann sagte:

"Sie sind dort aufs Eis gelegt!"

(siehe Levai, Black Book on the Martyrdom of Hungarian Jewry, Seite 271).

In seinem zitierten Schreiben bezeichnet der Chef der Sipo und des SD, Berlin, diese Transporte ebenfalls als "Sonderaktion".

Über die Ausrüstung und Versorgung dieser "Vorzugstransporte" gibt das Schreiben des Reichswirtschaftsministers vom 3.8.1944, gerichtet an das Auswärtige Amt, einigen Aufschluss:

"Betr.: Versorgung ungarischer Juden.

Wie mir das Landesamt (sic) Wien berichtet, sind die zur Zeit im Bereich der Gaue Wien und Niederdonau im Arbeitseinsatz befindlichen 14.700 Juden aus Ungarn ohne jegliche Ausstattung gekommen. Nach den Informationen des Landeswirtschaftsamts war die Ausstattung mit Haushaltsgeräten, Kleidung, Decken usw. ursprünglich ausreichend, jedoch wurden die meisten Ausrüstungsgegenstände von der ungarischen Gendarmerie zurückbehalten."

In einem Schreiben des Präsidenten des Gauarbeitsamts und Reichstreuhänders der Arbeit in Niederdonau heisst es:

"Im übrigen wird versucht, dass die Juden Arbeitskleidung, Schuhwerk, womöglich auch Strohsäcke und Decken aus Ungarn mitbringen, ebenso zusätzliche Lebensmittel."

"Wie ich höre, sollen Sie zur Zeit über die Frage der Beschlagnahme der Ausrüstungsgegenstände durch die ungarische Gendarmerie Verhandlungen mit den zuständigen ungarischen Stellen führen. Ich wäre dankbar, wenn ich über den Stand dieser Verhandlungen unterrichtet würde."

Die zweite Gruppe ungarischer Judentransporte ging im Oktober 1944 aus Budapest ab. Es handelt sich um jüdische Männer und Frauen, die im Honved-Arbeitsdienst bzw. für die OT - Befestigungsarbeiten Südost-Wall in der Zahl von über 30.000 zum grossen Teil im Fussmarsch in Richtung der österreichischen Grenze getrieben wurden.

In einer Denkschrift des Königlich-Ungarischen Aussenministeriums über die am 17.11.1944 gefassten Beschlüsse des "Chefs der Nation" (damals Ferenc Szalasy) "betreffend die endgültige Regelung der ungarländischen Judenfrage" wird über die nach dem damaligen Deutschen Reich verschickten Juden bemerkt:

"1./Juden mit ausländischem Schutzpass.

Diese Juden sind spätestens bis zum 20. November 1944 um 16 Uhr in den, von dem Kgl. Ung. Innenministerium bestimmten sogenannten Palatinus-Häusern zu konzentrieren. In der ungarischen Tagespresse werden täglich entsprechende Bekanntmachungen veröffentlicht. Die genannten Juden werden bis zu ihrer Abreise in den vom Innenminister bestimmten Häusern bleiben. Sie dürfen jeden Tag von 8 bis 9 Uhr morgens in der Umgebung spazieren gehen. Die Abreise dieser Juden ist einerseits von der Gestaltung der diplomatischen Beziehungen zwischen der ungarischen Regierung und der Regierung des interessierten Staates, andererseits von der verkehrstechnischen Vereinbarung der betreffenden Regierung mit der deutschen Regierung abhängig. Die zwischen der ungarischen Regierung und den interessierten Regierungen vereinbarten Kontingente der mit Schutzpass versehenen Juden können nicht erhöht werden.

2./Die an die deutsche Regierung geliehenen Juden, die die deutsche Regierung als Arbeitsfähige im Interesse der gemeinsamen Kriegsführung zu beschäftigen gewillt ist. Diese Juden leisten zugunsten der ungarischen Nation Arbeitsdienst. Sie werden individuell/mit Namensangabe/ der deutschen Regierung übergeben; für sie wird der Kgl. Ung. Innenminister einen ständigen ungarischen Ausschuss nach Deutschland delegieren; ein Mitglied dieses Ausschusses wird der gemeinsame Beauftragte des Internationalen Roten Kreuzes und der interessierten

Missionen sein. Die Aufgabe dieses Ausschusses wird sein, die nach dem 16. Oktober 1944 in Deutschland Arbeitsdienst leistenden ungarländischen Juden in Evidenz zu halten und zu diesem Behufe die Verbindung mit der deutschen und der ungarischen Regierung aufrecht zu erhalten.

Die Juden sind für die ungarische Nation dienstpflchtig. Der ungarische Staat lässt im Interesse der Nation im Einvernehmen mit der deutschen Regierung auch im Auslande Arbeit leisten. Die Angelegenheit derjenigen Juden, die ihren ungarischen Arbeitsdienst im Ausland leisten, wird vom ungarischen Staat nach dem Kriege im Zuge der allgemeinen Regelung der europäischen Judenfrage und im Einklang mit den europäischen Gesichtspunkten geregelt werden. Bis dahin wird ihre Behandlung von ihrem Benehmen abhängig gemacht."

Über die Tätigkeit des in dieser Denkschrift erwähnten ungarischen Ausschusses zwecks Evidenzhaltung der Arbeitsdienst leistenden ungarischen Juden, dem sogar ein gemeinsamer Beauftragter des Internationalen Roten Kreuzes angehören sollte, ist nichts bekannt geworden.

Im Schreiben im Telegrammstil des OKW - Wehrmachtsführungsstab, Qu 2 (Ost) vom 23.11.1944 an den RF-SS und Chef der Deutschen Polizei, RSHA heisst es wörtlich:

"Bev. General der Deutschen Wehrmacht in Ungarn meldet mit Lageunterrichtung vom 21.11.44:

"Zur Lösung der Judenfrage ist ein Gendarmerieoberst als Bevollmächtigter der ungarischen Regierung seit 30.10.44 tätig. Bei dessen Ernennung hatte Staatsführung Einverständnis gegeben, dass alle noch in Ungarn befindlichen Juden zum Arbeitseinsatz dem Reich zur Verfügung gestellt werden. Nach hier eingegangenen Meldungen wird Grossteil der Juden zu Schanzarbeiten an der deutschen Grenzstellung, jedoch auf ungarischem Gebiet, eingesetzt. Regierung bittet dringend zu veranlassen, dass diese Juden nur auf deutschem Gebiet Arbeitsdienst tun, um sie damit endgültig aus Ungarn zu entfernen. Sie bietet als Baukräfte die Zivilbevölkerung der ungarischen Grenzorte an.

Zur Zeit sind im Fussmarsch in westlicher Richtung die bisher im Frontgebiet befindlichen jüdischen Arbeitskompanien, ferner die seit einiger Zeit im Brückenkopf Budapest eingesetzten Ziviljuden beiderlei Ge-

schlechts, etwa 24.000 Mann. Alle übrigen noch in Budapest befindlichen marschfähigen Juden werden täglich in Gruppen von 3000 Mann in Marsch gesetzt. Altersgrenze männlich: 16 - 60 Jahre, weiblich: 16 - 40 Jahre. Bewachung durch Honved. Schweizer Gesandtschaft stellt sich nach wie vor in hohem Masse durch Erteilung von Schutzpässen störend vor die ganze Judenaktion.

Es wird um Unterrichtung über die dortigen Absichten gebeten."

Die Antwort des RF-SS an den Wehrmachtsführungsstab des OKW ist dem ITS nicht bekannt. Tatsächlich sind Teile der Judentransporte aus Ungarn der zwei genannten Gruppen in KL im Reichsgebiet bzw. in Österreich verbracht worden. Für andere Transporte war die Einweisung in KL zwar vorgesehen, wurde jedoch durch die Kriegereignisse verhindert.

Bereits das zitierte Antwortschreiben des Chefs der Sipo und des SD, Berlin vom 30.6.1944 an seinen Freund, den Bürgermeister von Wien und SS-Brigadeführer Blaschke, zeigt klar, dass diese ungarischen Judentransporte, wie Eich-

mann sich ausdrückte, nur "auf Eis gelegt" wurden, für sie trotz der Bezeichnung "Sondertransporte", "Sonderaktion" oder "Vorzugstransporte" kein anderes Endschicksal vorgesehen war als für die aus Ungarn direkt nach dem KL Au Transportierten. Ob Eichmann je an die Möglichkeit eines Austausches ungarischer Juden gegen alliierte Lastkraftwagen dachte, sei dahingestellt. Die durch Joel Brand in Istanbul, Aleppo und Kairo mit den Alliierten geführten diesbezüglichen Unterhandlungen waren bereits im Sommer 1944 im Sande verlaufen. Wenn nicht alle diese Transporte mehr KL erreicht haben, ist dies ausschliesslich den sich überstürzenden Kriegereignissen zuzuschreiben. Ein Unterschied zwischen dieser "Sonderaktion" und einem KL-Aussenkdo besteht nur in der administrativen Unterstellung. Die Bezeichnung "Sonderaktion" usw. schloss keinerlei Vorzugsbehandlung vor den KL-Insassen ein.

Nach dem Bericht des jüdischen Rettungskomitees aus Budapest 1942 bis 1945, vorgelegt von Dr. Rezső Kasztner, der die Hilfsmassnahmen für die ungarischen Juden - besonders in Budapest - beschreibt, unterstanden diese Lager dem HSSPF in Ungarn - Sondereinsatzkommando - Aussenkommando Wien.

Die Lager werden in alphabetischer Reihenfolge angeführt. (Seite 260).